

Maulkörbe, Auftrittsverbote und Strafen für Kriegsgegner

Von Udo Stunz

"Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?" Unter diesem Titel wollte der Schweizer Historiker Daniele Ganser einen Vortrag in den Westfalahallen in Dortmund halten. Er vertritt die Auffassung, dass die NATO die Hauptschuld am Krieg trage. Das war einem militanten Bündnis aus Parteien und Organisationen zuviel.

Die Chefin der Stahlhelmfraktion der „Grünen“ im Dortmunder Stadtrat forderte, dass Ganser ausgeladen wird und die Veranstaltung nicht stattfinden dürfe. Nun haben ihm die Westfalahallen den Vertrag gekündigt; dagegen klagt er.

Wer sich in Kriegszeiten wie diesen der NATO- und regierungsamtlich verordneten Sicht auf den Ukraine-Krieg entgegenstellt ("völkerrechtswidrig, Putin Verbrecher"), wer als russische Künstlerin sich nicht von Putin lossagt und das Pech hat, Putin persönlich zu kennen, wird boykottiert.

So wurde die russische Opernsängerin Anna Netrebko mit Auftrittsverboten belegt. Der Chefdirigent der Münchener Philharmoniker, Waleri Gergijew, musste den Konzertsaal verlassen, weil er persönlich mit Putin bekannt ist.

Der Betreiber des Berliner „Coop Anti-War Cafés“, Heinrich Bucker, hat einen Strafbefehl erhalten: 2.000 Euro, ersatzweise 40 Tage Haft, plus Übernahme der Verfahrenskosten. Der Vorwurf lautet auf „Belohnung und Billigung von Straftaten“ nach Paragraph 140 Strafgesetzbuch.

Sein Vergehen? Heiner Bucker hat am 22. Juni 2022, 81 Jahre nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion, vor mehreren hundert Leuten eine beeindruckende und berührende Rede gehalten – auf dem Boden des Sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow. Er zeigte u.a. die historische Entwicklung

zum heutigen Konflikt auf, deren Wurzeln schon im Vernichtungskrieg des faschistischen Deutschlands gegen die UdSSR und in der Kollaboration ukrainischer Faschisten mit den deutschen Besatzern liegen.

Er bringt also das zur Sprache, was Politik und Medien verschweigen. Zudem erklärt er sein Unverständnis darüber, dass die deutsche Regierung, trotz der Rolle von faschistischer Ideologie und Russophobie in der aktuellen ukrainischen Politik, den gegenwärtigen Konflikt mit Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland anheizt.

Wer das Trommeln für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gegen Russland und China stört, wird vorerst noch mit Geldstrafen belegt. Doch wenn der Widerstand gegen den Krieg weiter wachsen wird, kann die Klassenjustiz auch anders.

Tarifikampf bei der Post:

15 % sind notwendig, gerecht und machbar!

Nach zwei Verhandlungen ohne Angebot hatten die Verantwortlichen der Deutschen Post am 11. Februar der Verhandlungsführung von ver.di endlich ein Angebot vorgelegt. Dieses sieht eine Auszahlung der von der Bundesregierung erlaubten sozialversicherungsfreien Sonderzahlung von 3 000 Euro vor, verteilt auf 24 Monate. Eine tabellenwirksame Lohnerhöhung soll es demnach 2023 nicht geben; erst im Jahr 2024 gäbe es eine Erhöhung um 150 Euro für den Zeitraum von Januar bis November und im Dezember noch einmal 190 Euro. Dieses total unzureichende Angebot würde bedeuten, dass die Beschäftigten in beiden Jahren einen Reallohnverlust hinnehmen müssten. Deshalb hat ver.di die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt und die Urabstimmung eingeleitet. Bis zu unserem Redaktionsschluss am 19. Februar lag das Ergebnis noch nicht vor.





Auf ein Wort ...

Wenn de Buer nich schwimmen kann...

Petra Krug, DKP Dortmund, Stadtteilgruppe West

... dann licht anne Badebux, sagt ein westfälisches Sprichwort. Der Grund, warum immer weniger Kinder schwimmen können, ist allerdings tatsächlich bei anderen zu suchen. Eine von der DLRG in Auftrag gegebene Umfrage zeigt, dass sich die Anzahl der Kinder zwischen 6 und 10 Jahren, die nicht schwimmen können, seit 2017 auf 20% verdoppelt hat, weitere 28% sind unsichere Schwimmer. Die Folge sind immer mehr Badeunfälle, teils mit tödlichem Ausgang. Das Ergebnis zeigt weiter, dass Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen mit 49% überdurchschnittlich betroffen sind.

„Schwimmen lernen sollte ein Grundrecht sein“ meint die ehemalige Vorzeigeschwimmerin Franziska von Almsick. Doch davon sind wir, auch in Dortmund, sehr weit entfernt. Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit dem Westbad am Kortental in Dorstfeld.

„2015 wurde angeblich Sanierungsbedarf für das Stadtteil-Schwimmbad festgestellt. Eine von der Stadt in Auftrag gegebene Berechnung ergab günstigere Kosten für einen Neubau und angebliche Synergieeffekte, wenn dieses an das Spaßbad in Wischlingen andocken würde. Eine Bürgerinitiative sammelte 14 000 Unterschriften für Erhalt oder Neubau am alten Standort – vergebens. Der Rat votierte für Wischlingen mit Kosten von 12,1 Mio. €. Und heute?“

Die angeblich schon 2015 vor dem Zusammenbruch stehende Technik im Westbad funktionierte bis zum Ende des Jahres immer noch reibungslos. Jetzt wurde das Bad für den öffentlichen Betrieb geschlossen, die Eröffnung in Wischlingen wurde bis ins Frühjahr verschoben und die Kosten liegen mittlerweile bei 14,4 Mio. Euro.

Schülerinnen und Schüler von zwei Dorstfelder Schulen müssen demnächst mit Bussen nach Wischlingen gebracht werden, was die effektive Badezeit verkürzt und reichlich Emissionen freisetzt. Freizeitschwimmen für Kinder aus Dorstfeld? Demnächst nur auf Kosten unsicherer, bzw. kostspieliger Anfahrt.

Der Abriss des Westbades ist geplant, man darf gespannt sein, wie sich die Stadt das Grundstück versilbern lässt. Sicher ist, dass sich die Bedingungen für das Kinderschwimmen weiter verschlechtern werden.

Über die Entwertung des Lebens in den Kriegsmedien Ein sauberes Gemetzel

Von Vincent Czielsa

Auf Twitter zeigt das ukrainische Kriegsministerium den Krieg so: Raketenwerfer erleuchten den Nachthimmel, Russlands Panzer gehen in Flammen auf und ukrainische Soldaten lachen tapfer der Sonne entgegen. „Bald kommt die Jagdsaison“, heißt ein Video, in dem der Einsatz von Leopard-2-Panzern angekündigt wird. Es zeigt russische Truppen im offenen Gelände, die künftig von „hungrigen Raubtieren“ gefressen werden sollen, wie die Stimme aus dem Off erklärt. Ein anderer Film versetzt den Zuschauer in die Perspektive eines Piloten in einem Kampfjet, der ein unbekanntes Ziel beschießt. Im Hintergrund läuft psychedelische Musik. Technische Sterilität und Schützengrabenromantik inszenieren das reale Schlachten wie einen Actionfilm.

Diese Bilder prägen auch hierzulande die Darstellung des Krieges. Hinzu kommt der Hohn. Die russischen Soldaten werden in der ukrainischen Propaganda als „Orks“ bezeichnet oder mit den Sturmtruppen aus „Star Wars“ gleichgesetzt. Keine Menschen, sondern Bestien und Killer-Klone sind es, die aus dem Leben gesprengt werden sollen.

Dieser Zynismus setzt sich in Deutschland fort, wenn die Außenministerin im Karneval Kriegswitze reißt und der Verteidigungsminister mit einem Spielzeugmodell des Leopard-2-Panzers nach Kiew fährt. Er zeigt sich auch, wenn der „Konfliktforscher“ Christian Mölling im „Stern“-Podcast „Ukraine – Die Lage“ erklärt: Verhandlungen seien derzeit aussichtslos: „In der Konsequenz ist dieses Gemetzel, der Tod vieler tausend Menschen, notwendig.“

Den Ukrainern wird dabei zugebilligt, als „Helden“ zu sterben. Für die Nationalisten in den ukrainischen Streitkräften mag das verlockend klingen. Für die Ukrainer, die seit Erlass des Ausreiseverbots massenhaft an die Front gezwungen werden, ist der „Heldentod“ sicher kein Trost. Sie sterben in einem Stellvertreterkrieg, der schon längst beendet sein könnte. Wenn Deutschland das Minsker Abkommen ernst genommen hätte, anstatt es für die Aufrüstung der Ukraine zu nutzen, wie Angela Merkel inzwischen zugibt. Wenn nicht ständig noch schwerere Waffen ins Kriegsgebiet geliefert würden, wenn die

Friedensverhandlungen nicht vom so genannten Wertewesten“ blockiert worden wären, wie der israelische Ex-Premier Naftali Bennett vor kurzem berichtete.

Diesen Artikel haben wir der „UZ“ vom 17.02. entnommen (aus Platzgründen von uns gekürzt). UZ - „unsere zeit“ - ist die Wochenzeitung der DKP.



Tarifrunde im Öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen

„ Das Verhandlungsergebnis wird vorrangig von der Straße aus erstritten

Das nachstehende Interview führten wir mit Nils Märtin und Dave Varghese. Die beiden sind aktive ver.di-Gewerkschafter und arbeiten in der Stadtverwaltung Lünen, bzw. beim Kreis Unna.

Als Beschäftigte von Bund und Kommunen geht Ihr in die Tarifrunde mit der Forderung einer Entgelt-erhöhung von 10,5% bei mindestens 500€ im Monat. Warum habt Ihr eine reine Lohnforderung in dieser Höhe aufgestellt und weitgehend auf Nebenforderungen verzichtet? Gibt es Parallelen zu anderen Tarifrunden?

Nils Märtin: In den Diskussionen unter den Mitgliedern spielte die Energiekrise eine wesentliche Rolle. Vielen war schon im letzten Jahr klar, dass sie mit den Ergebnissen der letzten Tarifrunde wegen der galoppierenden Inflation bereits einen Reallohnverlust erlitten hatten. Nachdem wir unsere Forderung aufgestellt hatten, nahm jedoch die Inflationsrate stetig weiter zu. Fest steht schon jetzt, dass selbst die geforderte Erhöhung für die Zukunft nicht ausreichen wird.

Dave Varghese: Das Besondere an dieser Forderungsfindung war nun aber auch, dass beispielsweise die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung angesichts der hohen Inflation zurückgestellt wurde. In den vergangenen Jahren gab es viele Nebenforderungen für einzelne Bereiche. Das ist nun anders. Es gibt eine Forderung für Alle. Dies wird unserer Forderung mehr Gewicht verleihen. Allerdings forderten die Kolleg*innen angesichts der unsicheren Zeiten mit Nachdruck eine kurze Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten,

Für die Arbeitgeberseite hat u.a. Innenministerin Faeser die Lohnforderung kritisiert. Die Beschäftigten würden doch bereits durch die Entlastungspakete und das kommende 49€-Ticket entlastet.

N. M.: Frau Faeser verschweigt die fatalen Folgen der Kriegspolitik Berlins. Wodurch werden denn die Belastungen für uns Lohnabhängige ins Uferlose getrieben? Es sind doch die wahnsinnigen Rüstungsausgaben und auch die Sanktionen gegen Russland mit ihren energiepolitischen Auswirkungen. Die so genannten Entlastungspakete sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie haben eher Almosencharakter. Und durch die zeitliche Befristung der Maßnahmen verzögern sie nur die Zunahme an Armut.

D. V.: Dass das Leben trotz dieser „Entlastungspakete“ teurer geworden ist, merken die Kollegen jeden Tag an den Zapfsäulen und im Supermarkt. In Pausengesprächen



Dave Varghese und Nils Märtin (von links)

werden regelmäßig Einsparmöglichkeiten im Privatleben diskutiert. Von wirklicher Entlastung ist nichts zu spüren.

Was ist bisher in den Betrieben gelaufen?

D. V.: Ende letzten Jahres hatten wir eine Unterschriftensammlung für unsere Tarifforderung gestartet. Dadurch gelang es, mit Kolleg*innen systematisch ins Gespräch zu kommen. Nahezu alle Angesprochenen haben unterschrieben. So haben wir tatsächlich die Mehrheit der Belegschaft als Unterzeichner gewonnen. Bundesweit haben sich bereits mehr als 300 000 Kolleg*innen hinter unsere Tarifforderung gestellt.

N. M.: Und nun sind wir schon einen Schritt weiter. Bei uns hat heute eine erste Streikaktion stattgefunden. Wir hatten dabei richtig Schwung. Es war bei Allen zu spüren, dass die Tarifforderung Sinn macht und absolut notwendig ist. Dies war ein guter Auftakt für kommende Aktionen.

Wie schätzt Ihr Durchsetzungsmöglichkeiten Eurer Forderung ein?

N. M.: Jede Tarifrunde ist vom Kräfteverhältnis in der Auseinandersetzung geprägt. Es hängt nun davon ab, wieviel wir auf die Straße bringen. Werfen wir unseren Blick über die Grenze Richtung Frankreich und England: Dort gehen die Kolleginnen und Kollegen seit Wochen kompromisslos und in großer Zahl auf die Straße.

D. V.: Das Verhandlungsergebnis wird vorrangig von der Straße aus erstritten. Ohne mächtigen Druck von der Straße sind unsere Kolleg*innen in der Verhandlungsgruppe machtlos. Persönlich würde ich es sehr begrüßen, wenn es zu einem Zusammenführen der aktuellen Tarifkämpfe käme. Welchen enormen Druck könnten wir ausüben, wenn Post und Öffentlicher Dienst gemeinsam die Arbeit niederlegen würden!

Greenwashing 49

Von Theo Fabricius

Wie wasche ich mir den Pelz für 49 Euro und mache mich nicht nass?

Die Bundesregierung macht's vor: Ein Ticket für den ÖPNV, das nur digital als Abo erhältlich ist und monatlich vom Girokonto abgebucht wird, soll zum Preis von 49 Euro das beliebte 9 Euro Ticket ersetzen.

Zu kompliziert, zu teuer, vielleicht für eine begrenzte Menge von Berufspendlern lohnend, aber nicht für die meisten Familien, die dann gleich 150, 200 und mehr Euro monatlich zahlen müssen.

Zitat Ulrich Schneider (Paritätischer Wohlfahrtsverband): "Das 9 Euro Ticket war ein mobilitätspolitischer Meilenstein. Erstmals konnten im letzten Sommer ärmere Menschen, die sich reguläre Fahrkarten nicht leisten können, einfach mal in Urlaub fahren oder Verwandte besuchen. 52 Millionen verkaufte Tickets sprechen für sich. Das 9 Euro Ticket war ein großer sozialer Erfolg und dazu noch ökologisch sinnvoll (...). Wir brauchen ein bundesweites Sozialticket, damit sich auch arme Menschen Nah- und Fernverkehr leisten können."

Wenn eine Regierung die sozialen und ökologischen Erfordernisse kennt, aber die KFZ-Konzerne bedienen muss, dann macht sie eben ein Ticket, mit dem sie „beweisen“ kann, dass die Menschen das gar nicht wollen. Sonst würden sie es ja abonnieren.

Den folgenden Beitrag verfasste unser Leser Michael Köntopp:

Größenwahn in Berlin

777 Millionen Euro für das Bundeskanzleramt

25 Tausend Quadratmeter Anbau, 400 zusätzliche Büroräume, mehrstöckiger Wintergarten, neuer Hubschrauberlandeplatz, geplante Baukosten 777 Millionen Euro, geplanter Baubeginn: im Jahr 2023. Das sind nur ein paar Zahlen zum neu geplanten Anbau für das Bundeskanzleramt. Und das zu einer Zeit, in der bezahlbarer Wohnraum absolute Mangelware ist. Zu einer Zeit, in der Tausende Menschen in Deutschland nicht wissen, wie sie sich Wohnen und Leben weiter leisten können. In einer Zeit, in der sich viele Bundesbürger aufgrund der explodierenden Kosten ihren Wunsch nach einem Eigenheim nicht mehr erfüllen können. In einer Zeit, in der Eigenheimbesitzer und Vermieter für den Umweltschutz wichtige Sanierungsmaßnahmen nicht durchführen können und damit auch weiter an übermäßig teure Energiekosten gebunden sind. Das nenne ich

Kontakt zur DKP

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied werden

Name
 Straße
 PLZ/Ort
 E-Mail

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an DKP Dortmund, Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund; oder E-Mail an Info@dkp.dortmund.de

8. März

Internationaler Frauentag

Der internationale Frauenkampftag hat eine lange Tradition. Seit 1911 wird er von demokratischen Kräften weltweit begangen – ob illegal während des Ersten Weltkriegs oder im Frauen-KZ-Ravensbrück oder ganz offiziell und staatlich mitgetragen in den sozialistischen Ländern. Die Unterdrückung und Diskriminierung der Frau im kapitalistisch-patriarchalen System hat viele Seiten. Eine davon ist nach wie vor die ökonomische. So werden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Frauen in Deutschland immer noch wesentlich schlechter bezahlt als Männer. Der Stundenlohn weiblicher Beschäftigter lag im Jahr 2022 im Schnitt um 4,31 Euro niedriger. Damit liegen sie 18% unter dem durchschnittlichen Bruttoverdienst der Männer. Der Kampf der Frauen dagegen muss als Teil des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus geführt werden.

arrogant und realitätsfern.

Für 777 Millionen Euro könnte man bei einem Neubaukostenpreis von 5 000 €/m² (der Höchstpreis für den Mietwohnungsbau laut dem Statistischen Bundesamt) gut 2000 neue Wohnungen mit einer Wohnfläche von jeweils 75 Quadratmeter bauen. Das sind 2 000 Familien, die sich über bezahlbaren Wohnraum freuen würden.

Aber warum sollten sie?

Spendet für die Kommunistische Partei

Auch kleine Beiträge helfen weiter!
 Sparkasse Dortmund
 IBAN: DE 49 4405 0199 0142 0684 51
 Stichwort Spende

Das Zitat

Wenn ich Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe: „Wir stehen mit euch zusammen, so lange, wie ihr uns braucht“, dann will ich das auch einhalten - egal, was meine deutschen Wähler denken, ich will gegenüber den Ukrainern Wort halten.

Annalena Baerbock
 Deutsche Außenministerin

TERMINE

der DKP-Gruppen

> Jeden letzten Donnerstag im Monat (i.d. Regel) findet um 19 Uhr im Z** eine **Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.

> Jeden 4. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Z.

> Jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West** *

> Jeden 3. Montag im Monat um 19.00 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Nord** im Z**.

* Der Versammlungsort der Stadtteilgruppen West ist zu erfragen unter: >
[info\[at\]dkp-dortmund.de](mailto:info[at]dkp-dortmund.de)

** Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)

Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o Deutsche Kommunistische Partei

Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund
 Tel. 28 21 77 97

Info@dkp.dortmund.de
www.dkp-dortmund.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19.02. 2023

V.l.S.d.P.: Dave Varghese

